

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu



Die Innenstädte profitieren von Events aller Art: Dies sagt eine neue Frequenzstudie der IHK.

Seite 13

Lokales



Jettingen stellt die Weichen für ein neues Baugebiet mit rund 40 Wohneinheiten.

Seite 16

Lokales



Pläne für Neubebauung in Rohrau: Wohnen und Gewerbe zu gleichen Anteilen am Ortsrand.

Seite 17

Lokalsport



Die Faustballerinnen des TSV Gärtringen holen die Meisterschaft in der Schwabenliga.

Seite 19

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
24933,97 Pkt. – 531,28 Pkt.	6214,69 Pkt. – 105,17 Pkt.	1,1404 Dollar – 0,29 Cent

Wetter



Mittags 29° | Nachts 15°
Viel Sonnenschein und überwiegend niederschlagsfrei



Kampf ums Brot

Die Handwerkskunst der Bäcker wird allgemein hochgeschätzt. Wenn es aber um den Preis geht, decken sich viele Kunden und Kundinnen dann doch lieber an der günstigen Supermarkt-Backstation mit Croissant, Brötchen oder Brot ein. Das Nachsehen haben die klassischen Bäckereibetriebe, deren Zahl kontinuierlich sinkt.

Foto: Lütgert/Max Kovalenko, Montage: Fischer

Umfrage: Landesregierung soll bei sich selbst sparen

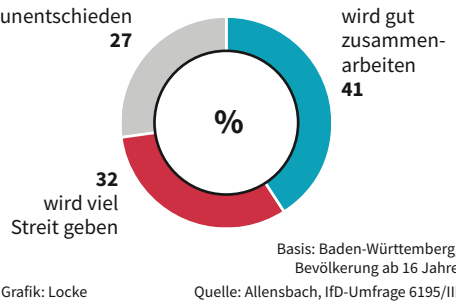
BaWü-Check Trotz sinkender Steuereinnahmen finden die Menschen im Südwesten, die Regierung solle nur in zwei Bereichen sparen, nämlich in der Verwaltung und in der Kultur.

VON ANNIKA GRAH

STUTTGART. Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen im Südwesten nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst – und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im BaWü-Check, der repräsentativen Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in der Landesverwaltung kürzen sollte. Ein Versprechen, das die Regierung im Koalitionsvertrag auch gegeben hat. Obwohl Grüne und CDU zum Start jeweils 30 Stellen in den von ihnen geführten Ministerien schaffen dürfen, beteuert Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne), die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest. Der zweite Bereich, in dem laut den Befragten weniger Geld ausgegeben werden sollte, sind Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. 72 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. 2025 befürworteten nur 59 Prozent Kürzungen im Kulturbereich. Den Abbau von Schulden hält nicht einmal jeder Fünfte für eine der wichtigsten

Kooperation und Konflikte erwartet

Glauben Sie, dass die Koalition aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg gut zusammenarbeiten wird?
Angaben in Prozent



Aufgaben. Vor allem im sozialen Bereich solle das Land mehr Geld in die Hand nehmen. 90 Prozent möchten, dass mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser ausgegeben wird. 88 Prozent sind der Auffassung, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte, 81 Prozent sind für eine bessere Finanzierung von Kindergärten. Auch höhere Investitionen in Infrastruktur wie Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) befürworten viele. All diese Wünsche zu erfüllen dürfte angesichts der Finanzlage schwierig sein. Hoch sind die Erwartungen an die Landesregierung indes nicht. Nur 38 Prozent der Befragten trauen ihr zu, die Zukunftsprobleme im Südwesten erfolgreich anzugehen. Das Vertrauen in den neuen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist hingegen groß. 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Ähnlich gut kam zuletzt Vorgänger Winfried Kretschmann (Grüne) weg: 50 Prozent der Befragten fanden im Februar nach fast 15 Jahren Amtszeit, Kretschmann habe gut gearbeitet.

Leitartikel

Kommentar

Lieber gründlich als hektisch

Ministerin Warken will die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung regeln. Ihr Plan wirkt aber chaotisch.

VON HAJO ZENKER

Die Löcher in den Kassen der Krankenkassen werden immer größer. Soll es zum Jahreswechsel nicht erneut zu einer Welle von Beitragserhöhungen für die Versicherten und ihre Arbeitgeber kommen, muss schnell gehandelt werden. Die Frage ist nur: wie schnell? Zwar ist verständlich, dass die Regierung das Reformgesetz, das letztlich ein Kürzungsgesetz ist, noch vor der Sommerpause durchbringen will. Doch war man sich innerhalb der Koalition und in den Verhandlungen mit den sehr kritisch gestimmten Ländern in vielen Punkten so uneins, dass der erste in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf quasi Makulatur ist. Auf den letzten Drücker formulierte und auf fast 300 Seiten verteilte Änderungen sind eine Zumutung für Parlamentarier, die gern wissen wollen, worüber sie da eigentlich abstimmen. Das Durcheinander ist so groß, dass nun Oppositionspolitiker vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind. Wie das Urteil ausfallen wird, lässt sich schwer vorhersagen. Immerhin, Karlsruhe hat 2023 schon einmal die Verabschiedung eines Gesetzes kurz vor der Sommerpause gestoppt – damals ging es um das Gesetzgebungsverfahren zum sogenannten Heizungsgesetz der Ampelkoalition. Unabhängig davon gilt: lieber ein durchgerechnetes Gesetz, das Anfang September zur Abstimmung steht, als allerlei Detailänderungen, die niemand mehr versteht – und die uns allen gewaltig auf die Füße fallen können.

Opposition will mehr Zeit für GKV-Reform

BERLIN. Die Grünen und die Linke haben eine Eilklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um die noch für diesen Freitag geplante Abstimmung über die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Parlament zu verhindern. Er habe das Gericht angerufen, weil er „Zweifel habe, dass dieses Gesetzgebungsverfahren noch den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein ordnungsgemäßes parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren genügt“, erklärte der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen. Er kritisierte ein „chaotisches Gesetzgebungsverfahren“. Eine hinreichende Prüfung im Parlament sei praktisch nicht möglich.

Kommentar

AFP

dpa/AFP

